

„Grundrecht auf Gewinnmaximierung“

Protest gegen geplantes Freihandelsabkommen

eki. Was verbirgt sich eigentlich hinter der Abkürzung TTIP für das transatlantische Freihandelsabkommen? Der Kabarettist Claus von Wagner hat TTIP einmal als „Transparenz torpedieren im Profitinteresse“ übersetzt und damit nach Ansicht der Kritiker den Nagel auf den Kopf getroffen. So war von Wagners launige Satire am Samstagnachmittag in der Innenstadt auf einem großen Banner zu lesen.

Auf dem Kirchplatz St. Stephan hatte das Karlsruher Bündnis aus mehreren politisch und gewerkschaftlich motivierten Organisationen eine Kundgebung im Rahmen des europaweiten Protesttags gegen das Handelsabkommen auf die Beine gestellt. Und den Humor wollten sich die Karlsruher Aktivisten bei ihren kreativen Protest nicht nehmen lassen, sogar per Sketch wurden Hinterzimmerabsprachen zwischen Politik und Großkonzernen persifliert.

Ernstes Töne schlug Wolfram Treiber bei der Kundgebung an. „Wenn dieses Handelsabkommen kommt, ist das Grundrecht auf Gewinnmaximierung wichtiger als die Menschenrechte“, sag-

te der Anwalt und Aktivist des linkspolitischen Blockupy-Netzwerks. Jahrelang habe es Geheimverhandlungen mit Lobbyisten gegeben, so Treiber, „und alleine diese Geheimniskrämerei belegt, dass es sich bei den geplanten Handelsabkommen um nichts Gutes handeln kann“.

Durch das Freihandelsabkommen sollen laut Treiber vor allem die „Handelshemmnisse“ in der globalisierten Geschäftswelt aus dem Weg geräumt

werden. „Aber was als Hemmnisse bezeichnet wird, sind Rechte wie Verbraucherschutz und Daseinsvorsorge“, so Treiber weiter. Wird TTIP wie geplant durchgesetzt, könnte eine regelrechte Klagewelle folgen, prophezeite Treiber.

Davon könnten auch die Kommunen betroffen sein, denn es gebe keine rechtliche Handhabe mehr gegen die beschlossenen Vereinbarungen. „In Südamerika wurde wegen eines ähnlichen Abkommens bereits einmal gegen das Verbot von Ölbohrungen in einem Naturschutzgebiet geklagt“, mahnte Treiber. Auch das Handelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada sowie das

Abkommen TiSA zur Stärkung von Privatisierungen stehen in der Kritik. „Durch TiSA könnten viele Bereiche des Sozialsystems regelrecht ausgehebelt werden“, sagte Treiber.



EIN ZEICHEN gegen eine völlige Liberalisierung der Weltwirtschaft zu Lasten der Arbeitnehmer und Verbraucher setzten die Demonstranten am Kirchplatz St. Stephan. Foto: jodo

Abkommen TiSA zur Stärkung von Privatisierungen stehen in der Kritik. „Durch TiSA könnten viele Bereiche des Sozialsystems regelrecht ausgehebelt werden“, sagte Treiber.

Auch Elwis Capece von der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG) und Elke Schenk vom globalisierungskritischen Netzwerk Attac fanden deutliche Worte und forderten einen

Stopp der Verhandlungen sowie mehr Transparenz. „Es kann nicht sein, dass durch ein solches Abkommen die Standards in den einzelnen Ländern quasi ausgehebelt werden“, sagte Schenk.

Kritiker sehen Gefahr für den Verbraucherschutz